

**Offener Brief an den Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main, Peter Feldmann
Amt des Oberbürgermeisters Römerberg 323 60311 Frankfurt/M.**

Nicht in unserem Namen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Feldmann,

angesichts der gegenwärtigen Situation im Gazastreifen und Westjordanland betonen unsere Politiker unisono das Recht Israels auf „Selbstverteidigung“. Sie, Herr Feldmann, erklären am 9.7.2014 im Namen der Frankfurter Bevölkerung „Solidarität mit Frankfurts Partnerstadt Tel Aviv“. Auch positionieren Sie sich einseitig, indem Sie als unser aller Oberbürgermeister an einer Pro-Israel- Kundgebung teilnehmen, auf der der Wissenschaftsminister Boris Rhein (CDU) das Existenz-recht Israels für die Hessen zu einer Herzenssache macht und Frankfurts Dezernent Uwe Becker (CDU) unter Auslassung jeder Redlichkeit als Vertreter der Stadt Frankfurt eine vollkommen verzerrte Darstellung des Konflikts verbreitet, wenn er sagt : „Seit der Gründung am 14. Mai 1948 wird Israel bedroht. Es muss sich wehren. Israel hat den Sinai und Gaza verlassen und jetzt eine zusätzliche Bedrohung geerntet.“ Wer war der Angreifer vom Suezkrieg 1956 bis zum 3. Gazaüberfall?

Auch erklären Sie, Herr Feldmann, im Namen der Frankfurter Bevölkerung: „In Anbetracht der augenblicklichen Zuspitzung der Situation im Nahen Osten und den Raketenangriffen auf Tel Aviv haben Oberbürgermeister Feldmann, Bürgermeister Olaf Cunitz und Stadtkämmerer Uwe Becker am heutigen Mittwoch, 9. Juli, den Menschen in Frankfurts israelischer Partnerstadt die aufrichtige Solidarität der Frankfurter Bevölkerung zum Ausdruck gebracht.“ Dabei sind Ihnen die Hunderte Opfer israelischer Aggression keine einzige Zeile wert!

Auch wenn in Deutschland die Wahrheit auf den Kopf gestellt wird und „auch wenn die israelische Regierung es anders sieht: aus Sicht der UNO und des (internationalen) Völkerrechts hält Israel den Gazastreifen unter Besatzung. Damit ist das Land verpflichtet, so gut wie möglich für die Sicherheit und Versorgung der Bevölkerung dort zu sorgen.“ (so der Spiegel)

Diesen Pflichten ist der Staat Israel weder in den letzten beiden Wochen noch in den letzten Jahren in irgendeiner Weise nachgekommen. Im Gegenteil belagert Israel Gaza mit seiner Bevölkerung seit 2006 vom Wasser, aus der Luft und zu Land und hat es zum größten Freiluftgefängnis der Welt gemacht, zu einer Bevölkerung ohne Hoffnung und Perspektive.

Mit der jetzigen exzessiven Bombardierung des Gazastreifens und der Bodenoffensive verletzt Israel nicht nur den Grundsatz der

Verhältnismäßigkeit, sondern auch seine besonderen Schutzpflichten als Besatzungsmacht in eklatanter Weise. Als Politiker müssen Sie wissen, dass das Recht auf Selbstverteidigung mit der Überschreitung der Verhältnismäßigkeit der Mittel schon desavouiert ist.

Die Menschen in Gaza und Westjordanland wollen einen unabhängigen Staat in sicheren Grenzen, doch Israel als Besatzungsmacht weitet seine völkerrechtswidrige Besiedlung und Enteignung palästinensischen Landes mit staatlich-militärischer Gewalt immer noch weiter aus und verweigert der palästinensischen Bevölkerung ihre Rechte, Freiheit und Menschenwürde.

Für uns als BürgerInnen der Stadt Frankfurt gebietet es das Grundgesetz, für Recht und Gerechtigkeit einzutreten. Es entsetzt und empört uns, wie sich in der gegenwärtigen Situation Politiker unter interessegeleiteten Druck setzen lassen und einseitig Partei für den hier Völkerrecht und Menschenrechte missachtenden Staat Israel ergreifen.

Deshalb fordern wir angesichts der Tatsache, dass der Staat Israel seine Besatzung nicht beendet, die sofortige Suspendierung des „Israel-Tages“ - der ohne die Beteiligung der Frankfurter BürgerInnen zustande gekommen ist, die für Freiheit und Menschenwürde einstehen.

Wir, die Unterzeichnenden, wollen und können es nicht zulassen, dass in unserem Namen die Opfer zu Tätern und die Täter zu Opfern stilisiert werden und Israel als Besatzungsmacht weiter unterstützt wird.

Nicht in unserem Namen!

Palästina-Forum-Nahost Frankfurt/M. Aktionskreis Palästina Frankfurt/M.
Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost/Frankfurt/M.

Bitte unterzeichnen und an das Amt des Oberbürgermeisters, Römerberg 23, 60311 Frankfurt/M. senden

Unterschrift